

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.05.2 ^{dy}
 p.B.58.2.Türkei - THU/SIM

Bern, den 12. August 1992

Offizieller Arbeitsbesuch von
 Staatssekretär Jakob Kellenberger
 in der Türkei, 8.-9. September 1992

Zur Aussenpolitik der Türkei gegenüber den
 südlichen Republiken der ehemaligen Sowjetunion

1. Einleitung

Im Verlauf der Jahre 89/90 glaubten viele Beobachter, dass das östlichste NATO-Mitglied Türkei mit dem Ende des kalten Kriegs an Bedeutung verlieren würde. 1991, als die Sowjetunion endgültig im Zerfall begriffen war, ist jedoch deutlich geworden, wie wichtig der Einfluss, den die Türkei auf die neuen Staaten Zentralasiens und des Transkaukasus ausübt, für die künftige Ordnung in diesem Raum sein könnte. Obwohl die Türkei bis auf einige Grenzkilometer mit der ehemaligen ASSR Nachitschewan keine gemeinsame Grenze zu Aserbaidshon, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien und Kasachstan besitzt, bestehen zwischen diesen Republiken und der Türkei sprachliche und kulturelle Bindungen, die Ankara die Möglichkeit geben, informell und auf allen Ebenen Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus verstand sich die türkische Regierung schnell als Anwalt zentralasiatischer und aserischer Interessen und unterstrich die Bedeutung des laizistischen und marktwirtschaftlichen Charakters des "türkischen Modells", das nun mit ihrer Hilfe in diesem Teil der Ex-UdSSR verwirklicht werden sollte. Bereits im Herbst letzten Jahres anerkannte die Türkei die Unabhängigkeit Aserbaidshons und war im Dezember 1991 auch unter den ersten Staaten, die die zentralasiatischen Republiken anerkannten. Mit dem breitangelegten politischen und wirtschaftlichen Marketing, das Kredite in Millionenhöhe, Austauschprogramme für Studenten und Wissenschaftler sowie einer Reihe bilateraler Besuche mit jeweils gewaltigen Delegationen miteinschloss, stiess die Politik Ankaras bei anderen Staaten wie Russland oder Iran auf Skepsis oder Ablehnung. In der Zwischenzeit ist ein Konkurrenzkampf um politischen und wirtschaftlichen Einfluss entstanden, den die betroffenen Staaten in Zentralasien geschickt auszunutzen wissen.



2. Von der Euphorie zur Ernüchterung

Zum Auftakt der Reise des türkischen Premierministers S. Demirel nach Zentralasien, Ende April dieses Jahres, nahm die Regierung in Ankara die Uebertragung von türkischen Fernsehsendungen in die zentralasiatischen Republiken auf. Dabei sprach Demirel zu Beginn des Satellitenprogramms von einem "historischen Tag für die türkische Welt". Die unabhängigen Bruderländer hätten nun die Chance, ein gemeinsames Herz und ein gemeinsames Ohr zu finden. Von Gemeinsamkeiten und Verwandtschaften sprachen auch die Vertreter Ankaras an allen Treffen der "Schwarzmeeraanrainer Staaten", und Aussenminister Cetin unterstrich in einem Artikel, den die türkische Wirtschaftszeitung "Ekonomist" zusammen mit über 150 Beschreibungen türkischer Projekte in Zentralasien und Aserbaidschan veröffentlichte, von der "ausserordentlichen Verantwortung" gegenüber diesen Staaten. Die Türkei stelle eine Brücke zwischen Zentralasien und Europa her, weshalb sie zwar neue Aufgaben übernommen aber auch an internationaler Bedeutung gewonnen habe. Die mit viel offizieller Polemik begleitete Zunahme des türkischen Selbstwertgefühls spiegelte sich auch im Engagement für eine friedliche Beilegung des Nagornij-Karabach Konflikts wider. Obwohl die Vorschläge Ankaras zur Befriedung der Region gescheitert sind, hat besonders der mässigende Einfluss auf Baku und die vorsichtige Haltung gegenüber Armenien der Türkei (wenigstens in der ersten Jahreshälfte 1992) beträchtlichen Prestigegewinn eingebracht.

Es waren aber vor allem die scheinbar zahllosen Hilfsmassnahmen (wie Kredite zum Bau von Industrien für die Baumwoll- und Metallerzverarbeitung, Verbesserung des Medizinalwesens, Ausbildung von Studenten, Lieferung von Büchern und Zeitschriften etc.) und die diplomatischen Offensiven (Eröffnung von türkischen Botschaften, Vertretung fremder Interessen an internationalen Konferenzen, Schwarzmeerkoooperation etc.), die den Eindruck entstehen liessen, dass die Türkei ihren Einflussbereich erfolgreich gegen Osten erweitert hatte.

Doch trotz den positiven Auswirkungen, welche die türkische Aussenpolitik für die betroffenen Staaten mit sich bringt und der Unterstützung, die die Türkei dabei erfährt, sind dem Einfluss Ankaras Grenzen gesetzt. Die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme der Türkei beschränken die Möglichkeiten grosszügiger Unterstützung drastisch. Das persisch-sprachige Tadschikistan verstärkt seine Bindungen zu Iran und entzieht sich weitgehend dem Einfluss Ankaras. Auch N. Nazarbaev, Präsident der Nuklearmacht Kasachstan, verspürt wenig Lust, den grossen Bruder Russland nun mit einem türkischen Vormund einzutauschen. Obwohl alle Kredite und joint-ventures willkommen sind, wird Kasachstan durch die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland und die russische Minderheit (34%) im eigenen Land ohnehin eher an den nördlichen Nachbarn als an die weit entfernte Türkei gebunden.

Usbekistan, Turkmenistan und (wenn auch in geringerem Ausmass) Kirgisien profitieren von der türkisch-iranischen Konkurrenz und verunsichern Ankara durch zum Teil abrupte Kurswechsel. So erschreckte der usbekische Präsident Karimov die türkische Regierung im Anschluss an das letzte Forum Davos mit der Aussage, dass das türkische Modell für sein Land vielleicht nicht das Richtige sei und lud kurzerhand eine Gruppe amerikanischer Juristen nach Taschkent ein, wo sie bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung helfen sollten. (Weitere vier Wochen später entliess er die US-Delegation und sprach fortan vom chinesischen Modell).

Erschreckt und enttäuscht waren aber auch einzelne Vertreter zentralasiatischer Delegationen, welche die Türkei besucht und dabei festgestellt hatten, dass sich der Lebensstandard in den ländlichen Regionen der Türkei nicht derart vom kirgisischen oder usbekischen Niveau unterscheidet, wie sie angenommen hatten. Nicht überraschend ist deshalb eine der Schlussfolgerungen der von der University of London herausgegebenen Studie über die künftige Ausrichtung der zentralasiatischen Republiken. Die Enttäuschung - so der Bericht -, dass die Türkei zwar immer mehr Versprechungen mache aber immer weniger davon einhalten könne, stärke die Positionen solventer Staaten wie Südkorea und China, welche bei den Politikern, die in der Zwischenzeit diese Länder bereisen konnten, ohnehin einen besseren Eindruck hinterliessen als die Türkei oder Iran. Schliesslich bestehen in anderen Staaten geographische Vorteile, die der Türkei fehlen. So bietet Iran dem benachbarten Turkmenistan den Bau einer Erdgaspipeline an den Persischen Golf an, Pakistan würde eine Verlängerung des Karakorum-Highway nach Zentralasien finanzieren und China besitzt mit dem Bau weiterer Eisenbahnlinien nach Kasachstan ohnehin einen besseren Zugang zum rohstoffreichen Gebiet als die Türkei*.

Ernüchtert dürfte Ankara auch über die Erfolgsaussichten ihrer diplomatischen Anstrengungen im Nagornij-Karabach Konflikt sein. Moskau warnte die türkische Regierung vor einem Eingreifen in Nachitschewan, das S. Demirel anlässlich seines Besuchs bei B. El'cin (25.5.1992) nicht ausschliessen wollte für den Fall, dass die Aserbaidschan zugeordnete autonome Republik von armenischen Streitkräften angegriffen würde (Demirel und El'cin vereinbarten, zwischen Moskau und Ankara ein "rotes Telefon" einzurichten). Der neue Präsident Aserbaidschans, A. Elchibey, der im Kampf gegen seinen im Mai gestürzten Vorgänger A. Mutalibov von der

* Anlässlich der gemeinsamen Unterzeichnung von weiteren sieben Verträgen zur besseren Zusammenarbeit zwischen China und Kasachstan (10.8.1992, Peking) erklärte der kasachische Aussenminister, T. Sulemeinov, dass heute bereits mehr als die Hälfte aller Importe Kasachstans aus China stammen.

Türkei aus unterstützt worden war, verhielt sich am letzten Treffen der Schwarzmeeranrainer-Staaten in Istanbul gegenüber den Vertreter Armeniens abweisend und weigerte sich gar, mit ihnen zu verhandeln. Trotzdem zeigt Ankara seine Unterstützung für die nicht mehr in der GUS vertretene Republik Aserbaidschan immer offener und soll türkischen und ausländischen Pressemeldungen zufolge die aserbaidtschanischen Streitkräfte mit türkischen Militärberatern unterstützen.

Kaum zu einem Stimmungsaufschwung dürfte auch der Streit zwischen Präsident T. Ozal und Premierminister S. Demirel beigetragen haben. Die zwei seit langem zerstrittenen Kontrahenten - erst im April dieses Jahres ist Demirel von einem Gericht zu einer Geldstrafe von umgerechnet 2900 SFr. verurteilt worden, weil er Ozal einen "geistesgestörten Verräter" genannt hatte - konnten sich nicht einig werden, wer die Unterschrift unter die Erklärungen der "Schwarzmeer-Kooperation" setzen sollte.

Dass die türkische Aussenpolitik in Zentralasien nicht nur deshalb zum Gegenstand innenpolitischer Debatten geworden ist, beweist die geäußerte Befürchtung, dass sich die Türkei mit einer Neuausrichtung ihrer Aussenpolitik gegen Osten von Westeuropa entfernen würde. Auch wenn westliche Regierungen die Türkei dazu ermutigen, sich in Zentralasien zu engagieren, ist diese Vermutung nicht unberechtigt, da die westliche Unterstützung weitgehend auf dem Interesse beruht, den islamischen Fundamentalismus iranischer Prägung an seiner Ausbreitung zu hindern. Dass die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung hin zum sunnitischen Fundamentalismus ohnehin gering ist, wurde bereits an anderer Stelle erwähnt*. Die Bindungen, die zwischen der Türkei, Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien und Turkmenistan bestehen, beruhen denn auch hauptsächlich auf der sprachlichen und ethnischen Verwandtschaft und nur am Rand auf den zum Teil ohnehin unterschiedlichen Glaubensrichtungen (Aserbaidschan ist im Gegensatz zu den anderen muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion schiitisch und nicht sunnitisch). Auch wenn diese Bindungen in einzelnen Fällen relativ eng sind, dürfte auf absehbare Zeit kein Grossturkestan entstehen. Dazu sind die bilateralen Spannungen (Usbekistan-Kirgisien; Kasachstan-Usbekistan) zu gross und der Wille der neuen Staaten, die nun erreichte Selbstbestimmung freiwillig abzutreten, zu klein.

* vgl. p.B.58.2.Zentralasien - THU/BUG, 10.1.1992

Die Türkei bleibt trotz der Ernüchterung, die ihre Aussenpolitik in den vergangenen Monaten erfahren hat, massgebender Faktor der Region. Die vielzitierte Konkurrenz mit Iran besteht zwar, doch ist das türkische Uebergewicht in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht eindeutig. Selbst die islamischen Bewegungen Tadschikistans lehnen eine staatliche Ordnung, wie sie gegenwärtig in Iran verwirklicht ist, auf absehbare Zeit ab.

3. Die Haltung der Schweiz

Es kann nur im Interesse der Schweiz sein, wenn sich die Staaten Zentralasiens und des Transkaukasus politisch in Richtung Demokratie und wirtschaftlich in Richtung Marktwirtschaft entwickeln. Deshalb begrüsst sie auch das Engagement der Türkei in diesen Staaten. Sie hofft allerdings auch, dass sich die Türkei in ihren Bemühungen zur friedlichen Beilegung der Konflikte im Transkaukasus mit den KSZE-Partner abspricht. Die Schweiz ist überzeugt, dass der Nagornij-Karabach Konflikt nicht mit einseitigen militärischen Schritten gelöst werden kann. Sie begrüsst deshalb die zurückhaltende Politik der Türkei im Transkaukasus. Die Schweiz verfolgt die Entwicklung dieser Region aufmerksam und ist auch bereit, im Rahmen der KSZE zur friedlichen Beilegung der Konflikte (Georgien, Aserbaidschan) beizutragen. Die Schweiz gehörte zu den ersten Staaten, welche die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken anerkannten (23.12.1991) und ist am Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen interessiert.

4. Fragen

- a) Türkische Einschätzung der Lage in Nagornij-Karabach und Nachitschewan.
(Resultate der Gespräche von Istanbul und Moskau).
- b) Kommentar der türkischen Regierung zur Entwicklung in den zentralasiatischen Staaten. (Wirtschaftliche Reformen, politische Stabilität in Tadschikistan und Usbekistan, allfällige Rolle der KSZE in den Konflikten in Georgien und Aserbaidschan).
- c) Ausbau der türkisch-zentralasiatischen Beziehungen.
(Zusammenarbeit mit Russland und Iran, Schwergewichtsländer).

